

Bezugspreis
monatlich M.
in der Geschäftsstelle 4000.—
in den Ausgabestellen 4100.—
durch Zeitungsboten 4200.—
am Postamt 4500.—
ins Ausland 6000 poln. M. in
deutscher Währung nach Kurs.

Verleger:
2273, 3110.

Verl.-Abt.: Tageblatt Polen.

Postkontonummer für Polen: Nr. 200283 in Polen.
Postkontonummer für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Die beiden Nachbarn.

Wenn man die Presse Westeuropas und besonders die neutrale Presse durchsieht und auf Grund einer solchen Durchsicht zusammenstellt, was sie über die Vorgänge im Ruhrgebiet und über die Haltung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes diesen Vorgängen gegenüber bringt, dann sieht man, daß die Presse aller Länder zur Kennzeichnung der Lage und der Stimmung nicht nur ihre eigene Meinung zum Ausdruck bringt, sondern auch die Meinung der beiden Beteiligten, Deutschlands und Frankreichs, sowie die Meinungen der nicht oder nicht unmittelbar Beteiligten wiedergibt, um die Stimmung in den verschiedenen Ländern zu kennzeichnen, daß sie aber niemals eine polnische Stimme bringt. Man wird unter den Pressstimmen des Auslandes in den westeuropäischen Blättern vergeblich nach Ansätzen aus der polnischen Presse suchen. Man kann diese Tatsache verschieden erklären. Die richtige Erklärung aber wird wohl sein: Die polnische Presse schadet aus, weil sie immer wieder nichts anderes zum Ausdruck bringt als blinde Anhänglichkeit an Frankreich, — eine Anhänglichkeit, die in manchen polnischen Zeitungen in einen Götzendienst ausartet.

Wie die polnische Presse im Zusammenhang damit Deutschland und das deutsche Volk verhöhnt und beschimpft, wie der passive deutsche Widerstand, der von der Weltmeinung längst als berechtigt anerkannt wurde, lächerlich gemacht und gelächert wird, — das entspricht leider der allgemeinen Einstellung eines Teiles dieser Presse. Nun erhebt sich die Frage: Läßt diese Tonart der polnischen Presse ein Echo in der deutschen Presse aus? Hat die deutsche Presse schon je mit etwas Ähnlichem geantwortet. Antwort: Nein. Und man darf wohl hinzufügen: Sie wird es auch nicht tun. Die deutsche Presse ist sich ihrer Verantwortung zu sehr bewußt, als daß sie auf die Anwürfe aus dem Osten antworten und Empörung gegen den blühenden Nachbarn erwecken wollte. Sie weiß, daß sie die Pflicht hat, mit dazu beizutragen, daß der Wunsch der deutschen Regierung und des deutschen Volkes in Erfüllung geht: Der Wunsch nach einem erträglichen Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Wenn man diesen Wunsch, der zweifellos wirklich vorhanden ist, kennt, dann kann man es einfach nicht verstehen, warum die Verhandlungen in Dresden, die seit Oktober ununterbrochen laufen, bis heute zu keinem nennenswerten Ergebnis führten, obwohl noch vor Beginn der Verhandlungen von deutscher Seite die bedeutende Konzession der Aufhebung der deutschen Ausfuhrsperrre gegen Polen gemacht wurde. Die wenigen Fragen, die teils erledigt sind, teils ihrer Erledigung entgegengehen, sind in dem gesamten Komplex derart verschwindend und vor allem gegenüber weit wichtigeren Fragen in ihrer Bedeutung so nebensächlich, daß man sich nicht zu wundern braucht, wenn in Deutschland von einer Verschleppungspolitik Polens gesprochen wird. Der Standpunkt der polnischen Delegation in der Frage der Staatszugehörigkeit und ihr Verhalten in der Anschließungsfrage sehen erst recht nicht wie ein Entgegenkommen Polens aus. Wenn trotzdem von deutscher Seite die Hoffnung nicht aufgegeben ist, in Dresden die Differenzen zwischen beiden Nachbarn aus der Welt zu schaffen, so darf hieraus doch wohl auf den Willen Deutschlands geschlossen werden, der Stimme der Vernunft folgend alle Konfliktsstoffe in Mitteleuropa zu beseitigen. Und daraus ergibt sich doch wohl, wie hofflos und grundlos die Behauptungen mancher polnischen Blätter sind, Deutschland habe Absichten auf das Territorium des polnischen Reiches und unterjüge eine deutsche Irredenta in Polen.

Es wäre natürlich müßig, zu leugnen, daß jede deutsche Regierung ein großes Interesse an dem Wohlergehen der deutschen Minderheiten in Polen an den Tag legen wird, soweit dieses Interesse nicht mit den Belangen der Nachbarrepublik kollidiert. Man wird der deutschen Regierung das Recht für diese Forderung nicht absprechen können, solange die polnische Regierung dem Wohlergehen der Polen in Deutschland ihrerseits viel Aufmerksamkeit zuwendet und solange die polnische Regierung nicht jeden Zweifel daran beseitigt, daß sie dem Geiste und dem Wortlaut des Minderheitenschutzgesetzes und den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechend die Rechte der deutschen Minderheiten so sicherstellt, daß keine untergeordneten Stellen den Deutschen gegenüber ein Willkürregiment ausüben können. Für die deutsche Regierung kommt nichts weiter in Frage, als die Gleichstellung der deutschen Nationalität mit der polnischen genau so, wie die polnische Regierung die Gleichstellung der polnischen Nationalität mit der deutschen Mehrheit in Deutschland verlangt. Weder von einer Feindschaft Deutschlands gegen Polen noch von Raubabsichten Deutschlands (wie sich die polnische Boulevardpresse so geschmackvoll ausdrückt) kann die Rede sein. Deutschland will durch Annäherung an Polen die Stabilität der Verhältnisse in Mitteleuropa sichern.

Soll es aber endlich zu dem im Interesse Europas unbedingt erforderlichen Annäherung der beiden Nachbarn aneinander kommen, dann hat die polnische Presse die unabwiesbare Pflicht, ihrerseits dazu beizutragen: sie muß endgültig und für immer verlernen, von Deutschland und von dem deutschen Volke in der Tonart zu sprechen, in der sie das bis jetzt zu tun beliebt. Ein Verzicht auf diese

Tonart, dürfte auch in ihrem eigenen Interesse liegen: solange sie immer blindlings und trübsinnig aus Grund und gegen die Deutschen Stellung nimmt, kann sie — wie im Anfang dieses Aufsatze gezeigt wurde — für die westeuropäische Presse keine glaubwürdige und vertrauenerweckende Quelle sein. Von einem Ansehen der polnischen Presse in der Welt wird erst dann die Rede sein können, wenn jeder Verdacht einer einseitigen Beeinflussung wegfällt.

Mit Polens Eintreten für die Politik Frankreichs beschäftigt sich auch ein Leitartikel der „Kattowitzer Ztg.“ („Deutschland und wir“ Kattowitzer Ztg. Nr. 55), der sich — was ja sehr nahe liegt — in ähnlichen Gedankengängen bewegt wie unser heutiger Leitartikel und einige frühere Aufsätze des „Pol. Tagebl.“ und besonders die möglichen Folgen einer Isolierung Polens nachdrücklich betont. Das Kattowitzer Blatt schreibt:

„Erreicht Frankreich sein Ziel — das ist die Restitution des Rheinlandes von Deutschland und die wirtschaftliche Herrschaft über das Ruhrgebiet —, so ist damit jedem anderen Volk das Vorbild dafür geliefert, in derselben Weise sich fremde Gebiete anzueignen. Wenn man ein Beispiel wählen und sich ganz deutlich aussprechen will: Ist Rußland eines Tages stark genug dazu, so kann es, wenn es der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit Polens und auch der Randstaaten abwärts ein Ende bereiten will, sich bei Einleitung dieses Eroberungszuges auf Frankreich berufen, das es mit Rheinland-Westfalen ebenfalls gemacht hat.“

Hat man sich in Polen diese letzte Konsequenz, diese letzte Auswirkungsmöglichkeit seines Eintretens für die Politik Frankreichs klar gemacht? Begreift man in Warschau und dort, wo sonst polnische Außenpolitik gemacht wird, daß man mit der blinden und ohne Vorbehalt sich anerkennenden Zustimmung zu der Vergewaltigungspolitik Frankreichs eine erste Vorbedingung für eine abermalige Vernichtung Polens schafft? Wir glauben, daß man so weit nicht denkt. Aber wir wünschen, daß man es tut. Wir wünschen, daß man nicht Augenblickspolitik macht, sondern bei jedem Schritt, den ein eben erst wiederaufgestandener Staat, wie Polen, in der Außenpolitik tut, an die Zukunft und an die Zukunftsmöglichkeiten denkt. Und wir wünschen, daß die Bürger des polnischen Staates ferner, daß Polen sich nicht noch einsamer auf den Isolierungseiseln fest, als es jetzt schon darauf steht.

Es gibt in der ganzen Welt keinen Staat, der billiger, was Frankreich seit zwei Monaten tut. Es gibt keinen verständigen Politiker in der Welt, der daran zweifelt, daß Frankreichs Ziel bei seiner Gewaltpolitik tatsächlich das ist, das wir hier als solches bezeichnet haben. Selbst in Frankreich ist man sich klar darüber: unvorhersehbare Auswärtigen maßgebender französischer Politiker haben das bewiesen. Will Polen allein diese Politik mitmachen? Oder will es allein auch nur dazu helfen, daß auf viele Jahre hinaus in Europa der Zustand fortbestehen soll, der seit Abschluß des großen Krieges herrscht, ein Zustand, der dem Krieg ähnlicher steht als dem Frieden? Will Polen, daß ein Zustand herrschen soll, der es jedem Staat ermöglicht, unter nichtigen Vorwänden oder ohne Vorwände in den Nachbarstaat einzufallen, dort mitten im Frieden eine Herrschaft der fremden Gewalt aufzurichten, die Bürger des Landes aus Heimat und Erwerb zu treiben, das Wirtschaftsleben zu vernichten?

Es ist unmöglich, daß Polen das will. Und weil das unmöglich ist, deshalb ist die Außenpolitik falsch, die in Polen seit der Ausrufung und mit ganz besonderer Schärfe seit Beginn dieses Jahres getrieben wird. Sie ist aus dem Grunde falsch, weil sie Polen ganz in die Abhängigkeit von einem fremden Staat hineinreibt und es allen anderen Staaten Europas immer mehr entfremdet.

Und von uns, den dem jetzt so gewalttätig behandelten Volk stammesverwandten, ja blutsverwandten Bürgern des polnischen Staates erwartet oder verlangt man, daß wir diese Politik gutheißen, daß wir das, was dem deutschen Volk jetzt angetan wird, Recht nennen, es als selbstverständliche Richtigkeit anerkennen sollen? Die Erfüllung eines solchen Verlangens geht über die Menschlichkeit. Sie ist nicht zu leisten; aus physischen Gründen nicht und aus Vernunftgründen nicht. Wir können mit Recht nennen, was in sämtlichen neutralen Staaten, was aber auch von den Verbündeten Frankreichs im Krieg, von England, Amerika, Unrecht und Gewalt genannt wird. Es ist hier schon gesagt worden, daß wir als Bürger des polnischen Staates auf die Außenpolitik, die er treibt, die schuldige Rücksicht zu nehmen haben. Aber diese Rücksicht hört da auf, wo wir schwarz als weiß und einen Mord als die Notwendigkeit eines Überfallens anerkennen sollen. Sie hört da auf, wo unser Rechtsgefühl sich aufbäumt, wo wir unsere Stammesbrüder geknechtet und getreten sehen. Und die Rücksicht hört erst recht da auf, wo wir erkennen, daß Polen mit der Vertreibung dieser Außenpolitik sich selbst das Grab zu schaufeln beginnt. Da sind wir, gerade als Bürger des polnischen Staates, verpflichtet, den Mund aufzutun und zu sagen, was wir denken.

Wir brauchen nicht zu wiederholen, daß wir nicht die Freiheit für uns in Anspruch nehmen, über Polen in derselben Weise herzugehen, wie das die in Deutschland erscheinenden polnischen Blätter mit dem Deutschen Reich und dem deutschen Volk tun. Wir sind dafür zu staatsbürgerlich gesinnt, haben zu viel Pflichtgefühl in uns und können auch den uns angebotenen Takt nicht verleugnen. Aber wir scheuen uns nicht, zu sagen, daß der Reichsführer Cuno mit allem, was er am Dienstag gesagt hat, im Recht war, daß es Frankreich ist, das den Frieden der Welt auf neue Füße stellt, daß dieser Frieden nie wiederkehren wird, wenn es Frankreich gelingen sollte, sein Ziel zu erreichen. Und wir scheuen uns nicht, zu sagen: Der Blick nach Osten sollte Polen daran denken lassen, daß es, wenn Frankreich durchdringt, einst selbst in die Lage kommen kann, in der jetzt Deutschland ist, und daß ihm dann das Recht abgesprochen werden kann, sich über Unrecht und Gewalt zu beklagen. Denn es erkennt jetzt als Recht an, was ebenso objektiv Unrecht ist.

„Das ist eine Politik“ — so faßt der Leitartikel der „Kattowitzer Ztg.“ seine Ausführungen am Schluß zusammen — „die blind nutz machen keinem Staatsbürger zugemutet werden kann. Sie ist eine Politik blinder Gier, die einem freien Staat nicht geziemt, eine Politik der Kurzsichtigkeit, eine Politik des Isolierens. Wir wenden uns gegen diese Politik, weil wir Herzen im Leib haben, weil wir nicht mit Blindheit geschlagen sind, und weil wir Bürger des polnischen Staates sind.“

Bischöfe und Parlament.

Ein Sendschreiben der aus dem Senat ausgetretenen Bischöfe.

Erzbischof Teodorowicz und Bischof Sapieha, die, wie schon gemeldet, ihre Senatsmandate niederlegten, weil nach einem päpstlichen Dekret Bischöfe nur ständige (nicht gewählte) Mitglieder gesetzgebender Körperschaften sein dürfen, richteten an die drei „nationalen“ Parteien folgendes Schreiben:

„Hochverehrte Herren! Wir teilen Ihnen mit, daß wir heute dem Marschall die Niederlegung unserer Mandate angezeigt haben, die wir unter Zustimmung des Heiligen Vaters aus der Hand der Wähler erhalten haben. Wir haben diese Mandate im Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber dem geschichtlichen Augenblick übernommen, der es nicht gestattet, sich Diensten zu erziehen. Wir gehen, um auf andere Weise, vielleicht erfolgreicher, dem Vaterlande zu dienen. Ihnen, hochverehrte Herren, danken wir von Herzen für Ihre Gewogenheit und Zuneigung. Insbesondere betonen wir, daß Ihr Ziel niemals das Privatinteresse gewesen ist, sondern nur der Gedanke an die uninteressierte Vereinnahmung, dem Vaterlande zu dienen. Das, was wir sagen, ist kein leeres Kompliment. Es entspringt langer Beobachtung und fester Überzeugung. Der Vaterlandsgedanke vereint sich bei Ihnen mit dem Kirchenideal, mit dem tiefen Verständnis für dessen Bedeutung für das Leben der Nation und ihre Unverwundbarkeit. Deshalb geben wir beim Abschied von Ihnen der Hoffnung Ausdruck, daß Ihr Feuer nicht nachlassen wird und Sie weiter unermüdet Vorkämpfer jenes Ideals sein werden.“

Antwort der Rechtsparteien auf das Schreiben der Bischöfe.

Die Vorlesenden der drei Rechtsparteien, Skarbowski, Dubanowicz und Skachinski, haben auf das Sendschreiben der zurücktretenden Bischöfe folgendermaßen geantwortet: „Der Rücktritt der beiden Bischöfe, deren Arbeit im Senat so fruchtbringend war, erfüllt uns mit unaussprechlichem Kummer und Schmerz. Wir sind überzeugt, daß die Schwierigkeiten, die einer mit der Tradition im Einklang stehenden ständigen Beteiligung polnischer Bischöfe an der Senatsarbeit bei normaler Gestaltung der Verhältnisse und bei einträchtiger Zusammenarbeit der verantwortlichen Staatsfaktoren verschwinden. Im polnischen Senat, in dem die höchsten Vertreter anderer Bekenntnisse sitzen, dürfen die polnischen Bischöfe nicht fehlen. Wir gelobten uns, mehr denn unsere Hoffnung, unsere Gewissen zum Ausdruck zu bringen, daß Sie, die Sie zur Arbeit inmitten der Öffentlichkeit zurückkehren, das innige Band zwischen der Geistlichkeit und dem katholischen Lager im Lande aufrechterhalten werden.“

Die wirtschaftliche Lage.

Die Wirkung der bisherigen Lenkungsmaßnahmen.

Der Lenkungs-Kommissar Hartleb hat in einer Presseunterredung erklärt, daß die Ausfuhr von Getreide, Flecken, Fleisch, Vieh und Schweinen verboten ist und daß keine Ausfuhrerlaubnisse erteilt werden. Zudem wird nur in den Mengen ausgeführt werden, für die frühere Verpflichtungen als Austausch gegen künstlichen Dünger bestehen. Bis Mitte April ist die Gieraussfuhr verboten. Der 60prozentige Unterschied zwischen dem Eierpreis in Polen und im Ausland wird in Zukunft als Ausfuhrabgabe in Abzug gebracht werden. Es muß festgestellt werden, daß die Lenkungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Großhandelspreise geführt haben. Das ist vor allem bei den Getreidepreisen zu beobachten. Das Angebot verschiedener Artikel hat sich vergrößert. Die Militärindanturen, die beim Einkauf von Getreide, Mehl usw. auf große Schwierigkeiten stießen, haben gegenwärtig überabgegeben.

Industriekrise in Lodz.

„Kaczpospolita“ meldet aus Lodz: In der letzten Zeit wurde die Arbeit in 6 größeren und 14 kleineren Betrieben reduziert. Die Forderung der Arbeiter nach Lohnberechnung in polnischen „Zlotys“ hat in den Kreisen der Industriellen einen tiefen Eindruck hervorgerufen. Die Industriellen haben zu dieser Forderung noch keine Stellung genommen. Sie wird aber im Zusammenhang mit der Kreditreform für die Industriellen zweifellos Gegenstand wichtiger Beratungen sein, da das Ausbleiben der Arbeiter einen sehr entschiedenen und ernsten Charakter trägt.

In der Warschauer Metallindustrie

steht wieder ein Ausstand bevor. Die Arbeitgeber wollen eine Zulage von 45 Prozent bewilligen, während die Kommission zur Feststellung der Lohnerhöhung den Prozentsatz für Februar auf 61,79 Prozent festgestellt hat.

Die Neuregelung der Einkommensteuerzahlung

Das Finanzministerium teilt mit, daß der Termin für die Abgabe der Einkommensteuererklärungen für physische Personen bis zum 30. April verlängert worden ist. Am 1. April wird der Abzug von den Dienstgehaltern, Arbeitgebern usw. auf Rechnung der Einkommensteuer beginnen. Das steuerpflichtige Mindesteinkommen beträgt jedoch nicht 2 Millionen, sondern 10 Millionen 800 000 Mark. Wer also im April weniger als 900 000 M. Gehalt beziehen wird, wird von der Einkommensteuer frei sein.

Der Verkehr mit Auslandsvaluten und Devisen.

Dem „Kurjer Gzernony“ zufolge hat der Finanzminister am Sonnabend die Verfügung über die Regelung des Verkehrs mit Auslandsvaluten und Devisen unterzeichnet. Auf Grund dieser Verfügung soll nur eine bestimmte Anzahl von Privatbanken zu diesem Verkehr ermächtigt sein.

Neue Handelsverträge.

Das Außenministerium hat Verhandlungen mit Ungarn über den Abschluß eines Handelsvertrages eingeleitet. Ebenso hat dieses Ministerium schon die Texte der Verträge ausgearbeitet, die es in nächster Zeit mit Brasilien, Norwegen und Spanien abschließen wird. Auch mit der Türkei und mit Griechenland soll in Valoe ein solcher Vertrag abgeschlossen werden, wenn die polnischen Verhältnisse auf dem Balkan sich zum Besseren gewandt haben.

Eine wirtschaftliche Randstaatenkonferenz in Warschau.

Die Balkankonferenz in Helsingfors hat in der Woche ihre Beratungen mit dem Beschluß beendet, eine Konferenz wirtschaftlicher Sachverständiger nach Warschau einzuberufen.

Republik Polen.

Vereinheitlichung des polnischen Schulwesens.

Demnächst wird in Warschau eine Tagung der Schulkuratoren stattfinden, die der Umgestaltung der Organisation des polnischen Schulwesens gewidmet sein soll.

Die Staatsschuldenkommission

hat ihre erste Sitzung abgehalten. Der Kommission gehören an die Abgeordneten Glazinski (Nat. Volksverband), Michalski (Christl.-nat.), Osiacki (Poln. Volksp.), Lypacewicz (Wyzw.) und die Senatoren Adam (Nat. Volksverb.) und Sredniawski (Poln. Volksp.). Zum Vorsitzenden wurde Senatsmarschall Trambaczewski gewählt, zu seinem Vertreter Abg. Osiacki, zum Schriftführer Senator Adam.

Die Sichtvermerke der polnischen Konsulate.

Wie die „Ag. Wsch.“ (Agentur) erfährt, beabsichtigt die polnische Regierung, auf eine Intervention einiger Staaten in der Frage der Höhe der durch die polnischen Konsulate erhobenen Gebühren für die Ausstellung von Visen auf Ursprungszeugnissen diese Sätze zu ermäßigen und zu vereinheitlichen. Die Angelegenheit soll schon in allernächster Zeit endgültig geregelt werden.

Besuch baltischer Kaufleute in Polen.

Die polnisch-lettisch-finnisch-estnische Handelskammer in Warschau organisiert einen Ausflug baltischer Kaufleute nach Polen. An der Spitze der Expedition wird der Stadtpräsident von Riga stehen. Der Termin wird wahrscheinlich Anfang Mai festgelegt werden, um den Industriellen und Kaufleuten der Baltischen Staaten die Gelegenheit zu geben, in dieser Zeit die Posener Messe zu besuchen.

Die Beschränkung der Zahl jüdischer Studierender.

Aus Krakau wird gemeldet, daß sich die philosophische Fakultät der Jagiellonischen Universität gegen die Einführung des numerus clausus erklärt hat, während sich die Fakultät für Humanwissenschaften an der Vergakademie für den Antrag erklärte.

Der Chef der Abteilung für nationale Minderheiten

im Völkerbund, Golban, weil seit einigen Tagen in Warschau.

Kirchliche Wünsche der Ruthenen.

Aus Warschau wird dem „Dziennik Pozn.“ gemeldet: Der päpstliche Visitator R. Genocchi erhielt eine Reihe von schriftlichen Beschwerden von den Ruthenen. Drei ruthenischen Geistlichen beabsichtigen, dem Visitator eine Denkschrift vorzulegen mit der Anregung zur Gründung einer besonderen Kommission für die griechisch-katholische Kirche und Einführung der ruthenischen Sprache in die Liturgie.

Die Unterschlagung in der Warschauer Intendantur.

Im Zusammenhang mit der kürzlich gemeldeten Unterschlagung in der Warschauer Intendantur wurden fünf Personen verhaftet. Die Höhe der Veruntreuungen wird auf 50 Millionen angegeben.

Dabal wird über die Grenze geschafft.

Der „Głos Poranny“ meldet, daß der ehemalige Abgeordnete Dabal zusammen mit neun Kommunisten unter militärischer Bewachung zur polnisch-russischen Grenze gebracht werden wird, wo die Gefangenen ausgetauscht werden sollen.

Der Lemberger Sensationsprozeß.

Der Vitterprozeß in Lemberg geht seinem Ende entgegen. Am Sonnabend hielt der Staatsanwalt seine Anklagerede. Er erklärte, daß die Angeklagten nicht aus Patriotismus, sondern aus eigener Gewinnlust gehandelt und die Verleumdungen wissenschaftlich ausgeprochen habe. Er forderte für sie Verurteilung wegen Verleumdung und Beunruhigung der öffentlichen Meinung und Ausweisung aus Polen. Heute, am Montag, sprechen die Vertreter der Verteidigung und der Verteidiger der Angeklagten. Das Urteil dürfte am Dienstag gesprochen werden.

Amerika fordert Anteil an den Reparationen.

In politischen Kreisen Englands verläutet aus Washington: Die amerikanische Regierung habe die Reparationskommission aufgefordert, ihr den gleichen proportionellen Anteil wie den anderen Alliierten an der von Deutschland gezahlten Summe zu gewähren. Es verläutet, daß Amerika auf diesen Anspruch unter keinen Umständen verzichten werde. — Etwas anderes war gar nicht zu erwarten. Frankreich schuldet Amerika Unsummen vom Kriege her, in dem Amerika Frankreich rettete. Selbstverständlich hat es ein Anrecht, zu fordern, daß Frankreich nicht einfach die gezahlten Summen ohne Berechnung mit seinem Verbündeten in die Tasche steckt. D. Red.

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(44. Fortsetzung.)

(Nachdruck untersagt.)

Ruth wollte verlegen ablehnen, aber die Amerikanerin verstand so herzlich zu bitten, daß Ruth ihn schließlich annahm und glücklich über den neuen Besitz mit der Witz nach oben eilte.

Dort hatte Broighem inzwischen die Pfeifen verteilt und entzündet. Als er Ruth ihr Rauchzeug reichte, flüsterte er ihr zu:

„Ich habe Ihnen heute eine größere Kugel gegeben, als neulich! Denn auch hier gilt die Kunst des Steigerns.“

„Wie wird die Wirkung sein?“ erkundigte Ruth sich in feierlicher Erregung.

„Ihr Vergessen wird tiefer sein,“ antwortete der Graf poetisch. „Ihr Rauch leidenschaftlicher und wilder, Ihr Traum löstlicher und Ihr Schlummer so, daß Sie erst nach Stunden erwachen.“

In der Mitte der Terrasse war ein kostbarer Teppich gebreitet, die Tische, die sonst den Raum füllten, hatte man fortgeräumt und rings im Kreise standen Lederesseln für die Raucher. Wildenbrunner hatte sein Instrument geholt und begann einen wilden, tollen Tanz zu geigen. Ruth aber tanzte, wie sie noch nie getanzt hatte, wild, leidenschaftlich, ganz Hingebung und Raseri.

In dem griechischen Gewand glückte sie einer jungen Göttin. Ihre bloßen Füße berührten kaum den Boden, die Hände aber hielten die Pfeife, aus der sie selbst im Tanze rauchte und über deren Rassel wie spielend die kleine blaue Flamme stand.

Die Raucher rings im Kreise starrten wie gebannt auf die Tänzerin, über deren Haupt sich groß und gewaltig der nachtdunkle Himmel wölbte, der verwundert hernieder sah auf die Menschen und ihr merkwürdiges Treiben.

Aus dem Besetzungsgebiet.

Eine Reihe neuer Blutopfer.

Im Essener Stadtteil Altenesson, wo die Einwohner im Hinblick auf die Schutzlosigkeit infolge der Schupo-Auflösung durch die Franzosen eine Patrouille eingerichtet hatten, wurde kürzlich nachts eine Patrouille von einer französischen Streifwache bedroht. Die Bürger glaubten, es handle sich um plündernde Soldaten, und alarmierten die Feuerwehr. Der anrückende Löschzug wurde von den Soldaten angehalten. Als die Feuerwehrleute vom Wagen sprangen und sich den Franzosen näherten, um mit ihnen zu verhandeln, schossen diese mit ihren Gewehren auf die Feuerwehrleute und Flüchteten sodann. Der freiwillige Feuerwehrmann Gastwirt Böckmann wurde durch einen Schuß getötet.

Sonnabend nachts gegen 11¼ Uhr wurde der 24jährige Tagelöhner Alexander Merg, der zu Fuß von Griesheim kam, von einem marokkanischen Soldaten an der Rheinbrücke bei Schwanheim durch Kopfschuß getötet.

Eine weitere Bluttat haben die Franzosen in Dortmund begangen. Auf der Straße Böttchinghausen-Annen-Süd wurde der Eisenbahnüberwachungsbeamte Hölling von einem französischen Posten ohne jeden Grund erschossen. Der Beamte hatte sich mit einem Kollegen auf den Weg gemacht, um die festgestellten, die schon mehrfach von den Leitungen der Straße Ruppelbrühl in größeren Mengen gestohlen hatten. Später haben sich die beiden Beamten getrennt. Wie heute festgestellt wurde, hat der Franzose, ohne Hölling anzurufen, auf den Beamten geschossen. Der Posten streifte diese Tatfrage zwar ab; er behauptet, es habe sich um drei Personen gehandelt, die auf viermaligen Anruf nicht stehen geblieben seien. Die Untersuchung hat aber einwandfrei ergeben, daß Hölling allein war und ohne Anruf erschossen worden ist.

Ein weiterer Mord wird einer Rth.-Nachricht zufolge, aus Pirmasens gemeldet. Dort wurde in der Nacht auf der Straße der 21 Jahre alte Kaufmann Eugen Kung mitten in der Stadt mit mehreren Messerstichen im Gesicht und Kopf und seiner Uhrkette und Brieftasche beraubt, tot aufgefunden. Die angeführten Ermittlungen ergaben, daß zwei Marokkaner als Täter in Frage kommen.

In Böttchinghausen wurde nach dem „Berl. Tagbl.“ in der Nacht vom 8. zum 9. März ein Mitglied des Eisenbahneraktionsausschusses in Dortmund-Süd erschossen und sein Begleiter verhaftet.

Kürzlich schon abends der französische Tokan am Polizeipräsidium von Essen, ohne erkennbare Veranlassung auf einen Herrn, der an einer in der Nähe befindlichen Haltestelle auf die Straßenbahn wartete, und bedrohte ihn durch einen Schuß in die Lunge. An der gleichen Stelle war vorher von dem Posten ein älterer Mann nach dem Ausweis geirrt worden, und obwohl er diesen aus der Tasche zog, von dem Soldaten so heftig ins Gesicht geschlagen, daß er zu Boden stürzte und einen Beinbruch erlitt.

Dortmund

wurde von 2 Bataillonen besetzt, und zwar betrifft die Besetzung im wesentlichen das Arbeiterviertel. Für die Einrichtung eines Bataillons wurden 120 Ord. n. angefordert. Die erste Verhaftung war die des Straßenbahndirektors, der sich weigerte, den Besatzungsgruppen Freifahrten auszustellen.

In Hordt-Giescher, Buer und Weiterhold, wo sich staatliche Bergwerke befinden, drangen die Franzosen ein und entketteten die Schupo, die sie abführten. In einer Schule wurden große Vermählungen angestellt. Der Polizeidirektor wurde verhaftet, ebenso der Zentrumsabgeordnete Jentrat.

Kriegsgerichtliche Unterdrückung der freien Meinung.

General Degoutte hat von Düsseldorf aus für das besetzte Gebiet eine Verfügung zur Regelung des Zeitungs- und Theater- und Kinos erlassen. Diese neue Verordnung bedeutet eine völlige Anebelung des geistigen Lebens des neuen besetzten Gebietes. Es werden verboten alle Veröffentlichungen in Wort, Bild und Schrift in Theater, Kinos und Musik, die geeignet sind, die öffentliche Ordnung zu gefährden und die Sicherheit und die Würde der Besatzungsbehörden und der zu ihnen gehörigen Personen zu beeinträchtigen. Besonders wird unter Strafe gestellt die Verbreitung falscher oder tendenziöser Nachrichten und die Vorführung von Filmen, die den gleichen Zweck haben. Die Urheber der beanstandeten Gerichte werden von den militärischen Gerichten verfolgt und mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und Geldstrafe bis zu zehn Millionen oder zu einer der beiden Strafen verurteilt. Die verantwortlichen Redakteure, die Herausgeber oder Drucker können wegen Teilnahme oder Fahrlässigkeit bestraft werden.

Verzweiflungszustand des gequälten Volkes.

Bei Reddinghausen hat man am Sonnabend zwei französische Leichen gefunden. Es handelt sich um einen französischen Leutnant und um den französischen Stationsvorsteher in Buer. Die deutschen Behörden in Buer sind verhaftet

Wildenbrunners Spiel wurde wilder und wilder, die Triller perkten, die Pässe jagten. Mitten im Spiele aber brach er plötzlich ab und starrte erschrocken auf Ruth.

Sie hatte sich im Tanze vollständig verausgabt; ihr Herz raste, ihre Pulse flogen, und als die Betäubung des starken Giftes zu wirken begann, hielt sie plötzlich inne, griff mit der Linken an die Brust und sank dann langsam wie sterbend hinüber in die Kissen, die auf dem Teppich lagen.

Es war keine gestellte und eingeübte Pose und wirkte doch wie eine solche. Gebannt sah alles mit halb schon schlummernden Lidern auf das wundervolle Bild, das ganz Grazie und Schönheit blieb, bis sich der Körper Ruths zu tiefem Schlummer streckte.

Wildenbrunner wollte hinzusehen, um zu sehen, ob Ruth keinen Schaden genommen hatte. Aber der Graf winkte ihm, abseits zu bleiben.

„Sie brauchen keine Sorge zu haben!“ flüsterte er ihm zu. „Ihr fehlt nicht das Geringste.“

Mit diesen Worten setzte er sich von neuem die Pfeife an den Mund und begann zu rauchen. Den Blick starr auf die ruhende Ruth gerichtet, lehnte er sich weit in den Sessel zurück und träumte. Mit einer überfeinerten und raffinierten Kultur genoss er die Schönheit des ganzen Körpers, berauschte sich an den weichen Linien und nahm, was er einschlafend sah, mit sich hinüber in den Traum zu üppigen, verführerischen und lästernen Bildern.

So genoss Graf Broighem Ruth Marlowes junge Schönheit.

Fernleitner hatte unterdessen eine lange Unterredung mit Böller gepflogen. Eingehend hatte er ihm alles Wissenswerte berichtet, ihn eingeweiht in Ruths verhängnisvolle Leidenschaft und ihm auch alle seine Besorgungen in dieser Richtung anvertraut.

„Es hilft nichts,“ hatte er erregt geschlossen, „daß ich mit dem Grafen um Ruths Seele ringe! Wir müssen das Übel bei der Wurzel fassen, wir müssen Vogelweiser treffen

worden und werden als Gefallen festgehalten. Die beiden Franzosen sind durch Revolvergeschüsse getötet worden.

Die Ingenieurkommission

im besetzten Ruhrgebiet ist nach einer Pat.-Melbung um 50 Mitglieder verstärkt worden.

Wie Frankreich den Versailler Vertrag verschärfen möchte.

Die Konferenz von Brüssel.

Die Konferenz von Brüssel zwischen Poincaré, Clemens und Gaspar behandelt man in der Pariser Presse als die einschneidendste Sache von der Welt. Es wird aber zugegeben, daß man sich in Brüssel rufen sollte, um bereit zu sein, falls Deutschland um die Einleitung von Verhandlungen bitten sollte. Der Grundgedanke ist der, daß man nunmehr Gelegenheit habe, Ergänzungen zum Versailler Vertrag einzubringen. Diese sollen sich auf folgende Punkte beziehen:

1. 1925 läuft die Frist ab, in der der Koblenzer Brückenkopf zu räumen ist. Dies will Frankreich nicht zugestehen, weil dadurch seine Sicherheit gefährdet werde.

2. 1927 gehen die vertraglichen Verpflichtungen Deutschlands wegen der Kohlenlieferungen zu Ende. Hier wird besonders darauf gedrückt, daß Deutschland weitere Zwangslieferungen auferlegt werden.

3. In zwölf Jahren soll eine Abstimmung über das Saargebiet stattfinden. Frankreich macht den Druck auf das Ruhrgebiet geltend, um sich das Saargebiet dauernd zu sichern.

4. Um die Reparationszahlungen in Geld und Naturalien ein für allemal festzulegen, d. h. in Abänderung der bestehenden Bestimmungen des Versailler Vertrages soll die Gesamtsumme der Deutschland auferlegenden Verpflichtungen festgelegt werden, und ebenso soll bestimmt werden, zu welchem Zeitpunkt diese Summe zu bezahlen wäre. Frankreich wird solange den Rhein nicht räumen, als nicht die letzten Zahlungen vollzogen sind.

Frankreich und Belgien wünschen, daß sie die Engländer und Italiener an ihrem Ziele nicht verhindern. Es muß betont werden, daß bei einer Abänderung des Versailler Vertrages alle 38 Mächte, die den Vertrag unterzeichnet haben, mitberaten müssen. Nach den Unterhauserklärungen Bonar Law's am Donnerstag behält sich England, wie es ja selbstverständlich ist, vor, dabei ein Wort mitzureden.

Schulerliche Erklärungen Loucheurs.

Loucheur hat nach einer Pariser Meldung der Tel.-Union bei einem Frühstück der englischen und amerikanischen Presse in einer Rede erklärt, er glaube, im Jahre 1923 würde der Weltfrieden wieder hergestellt werden. Er selbst sei gegen die Ruhr-Expedition. Nun sei die Besetzung aber erfolgt und die Forderung Frankreichs wehe über dem Ruhrgebiet; deshalb können wir die Aktion nicht aufgeben, ohne daß wir einen Erfolg erlangt haben. Binnen zwei Monaten werden die Deutschen genug haben und zu Verhandlungen bereit sein; dann werden sie in uns vernünftige Leute finden. Die Ruhr ist für uns kein Zweck, sondern ein Mittel. Wir haben keine politischen Absichten mit diesem Gebiet. Loucheur schloß mit der Erklärung, der Friede in Europa könne nur zustande kommen, wenn die Politiker und Wirtschaftsmänner zusammenarbeiten. Der Reichstag habe Schuld daran, wenn die deutsche Regierung nicht ihren guten Willen beweisen könne. Er habe seinerzeit mit Mathenau und Simons Verhandlungen geführt und wäre mit beiden zum Ziele gekommen, wenn sie nicht Rücksicht auf den Reichstag hätten nehmen müssen.

Ein neues französisches Communiqué.

Das französische Communiqué, in dem es heißt: Die deutsche Regierung hat vor zwei oder drei Tagen allen Mächten außer Frankreich und Belgien eine Protestnote gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zugehen lassen. Die Note des Reiches bemüht sich, die Rechtswidrigkeit dieser Maßnahmen aufzuweisen. Selbstverständlich wird das deutsche Bestreben bei niemandem Eindruck machen. Die Aktion Frankreichs gegen Deutschland stützt sich auf einen juristisch genauen und völlig klaren Text, nämlich auf den im Jahre 1919 von Deutschland unterschriebenen Vertrag von Versailles, der den Alliierten im Falle einer vorläufigen Verletzung Deutschlands das Recht zu Maßnahmen anerkennen, die Deutschland nicht als feindselige Handlungen betrachten darf. Herr Poincaré hat übrigens eine unanfechtbare Widerlegung der Argumente aufgestellt, die von der deutschen Regierung mit offensichtlichlicher Unehrlichkeit entwickelt worden sind.

Eine deutsche Erwiderung zum französischen Communiqué.

Auf die neue Note der französischen Regierung wird in Berlin halbamtlich erklärt: Es ist begreiflich, daß die französische Regierung die deutsche Denkschrift, welche die Rechts- und Vertrags-

und das Hotel, den Sündenpfuhl austrotten von geweihtem Boden!“

Aber Böller hatte ruhig erwidert: „Ich bin noch nicht so weit. Wie ich Dir sagte: ich muß den Sommer und den Winter noch warten, bevor ich handle!“

„Und inzwischen geht Ruth zugrunde, und namenloses Unheil wird angerichtet!“ hatte Fernleitner ihn leidenschaftlich beschworen.

Aber Böller hatte nur hilflos mit den Achseln gezuckt. „Es hilft alles nichts, ich muß noch solange warten. Aber Ruth wollen wir retten, mit vereinten Kräften um sie kämpfen, bis sie abläßt von ihrem furchtbaren Beginnen!“

„Wie soll uns das gelingen?“ hatte Fernleitner verzweifelt gerufen.

„Wir dürfen sie nicht einen Augenblick allein lassen!“ war ihm der mahnende Bescheid gekommen. „Ich an Deiner Stelle wäre schon jetzt bei ihr geblieben oder hätte sie mit mir genommen; sie darf um keinen Preis allein sein und sich in ihre Träume einspinnen!“

„Vermutlich liegt sie wieder auf dem Divan und schläft!“ erwiderte Fernleitner unsicher.

„Sie schläft nicht, sie träumt!“ korrigierte ihn Böller. „Und das ist eben das Schlechte! Denn ihre Träume verketten sie immer fester mit dem Grafen und seinem Zauber.“

„Was soll ich aber tun, das zu verhindern?“ forschte Fernleitner gequält. „Kann man einem Menschen seine Träume nehmen?“

„Gewiß kann man das!“ lächelte Böller. „Indem man ihn nicht dazu kommen läßt, zu träumen. Ich sagte Dir ja schon: Du mußt stets um sie sein, Du darfst sie keinen Augenblick allein lassen, Du sollst Dich um sie bemühen, wie um eine Kranke. Denn ihr Geist, ihr Will: vor allem, ist krank, und es wird Anstrengung kosten, bis er wieder gesund wird!“

Fernleitner erhob sich. „So will ich wieder zu ihr gehen!“ sagte er müde.

Böller geleitete ihn zur Tür, und auch Frau Emma kam teilnahmsvoll mit.

(Fortsetzung folgt.)

Die Türkei schlägt neue Verhandlungen mit Europa vor.

Die türkischen Gegenvorschläge sind am Sonnabend den Oberkommissionären der Alliierten zugeleitet worden. Die türkische Nationalversammlung hat sich bis zu dem Zeitpunkt der Antwort der Alliierten Wächter vertagt. In der Note, die den türkischen Gegenvorschlägen vorausgeht, wird u. a. betont, daß die Türkei keine grundsätzlichen Änderungen der politischen Klauseln im Lausanne Vertrag vorschlägt, sondern nur ihre Souveränität auf die kleinen Inseln im Mitteländischen Meer ausdehnen und unbedeutende Verbesserungen der türkischen Grenze herbeiführen will. Bezüglich der Rechtslage der Ausländer wünscht die Türkei, diese Frage auf den Grundsatze der Gegenseitigkeit gestellt zu sehen. Die wirtschaftlichen Fragen, über die kein Einvernehmen erzielt wurde, sind ausgenommen. Die Türkei schlägt die Wiederaufnahme der Verhandlungen in einer der europäischen Städte vor.

England will allein verhandeln.

Die englische Regierung hat nach einer Reitermeldung noch keine offizielle Mitteilung von den türkischen Vorschlägen erhalten. Die Regierung ist bereit, in den Verhandlungen mit der Türkei am dem Punkte fortzuführen, wo die Konferenz abgebrochen worden ist. Sie will jedoch nicht die allgemeinen Verhandlungen erneuern.

Sozial- u. Provinzialzeitung.

Posen, 12. März.

Vor der Auflösung eines Mordes?

Vor fast 1 1/2 Jahren wurde im Weichbilde der Stadt Posen ein Mord an einem Posener Droschkentreiber verübt, der bisher immer noch der Aufklärung harpte, da der Täter, trotz aller Bemühungen der Untersuchungsbehörde, nicht ermittelt werden konnte. Wie noch den meisten unserer Leser bekannt sein dürfte, wurde am 20. Oktober 1921 nicht weit von der Zeppelinstraße der bei dem Droschkenbesitzer Schiller in der ul. Dabrowskiego (fr. Große Berliner Straße) beschäftigte 37-jährige verheiratete Droschkentreiber Jakob Malecki mit einem Schusse im Kopfe auf der Chaussee neben seiner Tasse liegend tot aufgefunden. Die Pferde waren von dem Verübten des Mordes — das es sich nur um einen solchen handelt, kennt, führte der Augenzeuge mit aller Deutlichkeit — abgeführt worden und standen in der Nähe des Wagens. Die Ermittlungen ergaben, daß der Erschossene von irgend einem Fahrgaste in der Stadt am Abend des 19. Oktober zu einer Fahrt gebunden und nach längerer Fahrt, wie aus der Kontrolluhr hervorging, von hinten durch einen Schuß in den Kopf ermordet worden war. Über die Motive der Tat herrschte völliges Dunkel, da der Ermordete nicht beraubt worden war. Die Untersuchungsbehörde nahm an, daß der Fahrgast nicht in der Lage gewesen war, den hohen Fahrpreis für mehrere Stunden Fahrt zu bezahlen, und infolgedessen den unglücklichen Droschkenbesitzer niedergeschossen habe. Die Untersuchung kam aber, da kein Zeuge sich meldete, ins Stocken, und es schien so, als ob sie ganz ergebnislos verlaufen sollte. Nun ist auf Grund einer Anzeige in der vergangenen Woche unter dem Verdacht, den Mord verübt zu haben, ein Mitte der 30er Jahre stehender verheirateter Franz Görrn aus der ul. Szewajarska (fr. Schweizerstraße) in Wilda in Untersuchungshaft genommen worden, mit ihm seine Geliebte Stefania Sobieska und das Dienstmädchen Jozefa Komelka; die letzteren beiden vermutlich wegen Mitwisserschaft. Ob die drei mit dem schweren Verbrechen tatsächlich irgendwie im Zusammenhang stehen, oder ob es sich bei der Beschuldigung lediglich um einen Macheakt handelt, müssen erst die weiteren Ermittlungen ergeben. Jedenfalls ist die Untersuchungshaft gegen die drei vom Untersuchungsrichter zunächst aufrecht erhalten worden.

Neues polnisches Ehrenzeichen. Die polnische Regierung wird dem Sejm in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die Schaffung eines Verdienstkreuzes vorlegen, für Personen, die dem Staate große Dienste geleistet haben.

Im deutschen Naturwissenschaftlichen Verein kann der angekündigte Vortrag über Vitamin morgen, Dienstag, nicht stattfinden, weil der Vortragende, Handelschemiker Hammer, verreist. Der Vortragstag wird später bekannt gegeben werden.

Das Sinfonieorchester des Theaterorchesters, das, wie schon mitgeteilt wurde, am Donnerstag dieser Woche im großen Konzertsaal der Universität stattfindet, beginnt mit der „Mantel“-Überföhr von Robert Schumann und bringt die Hauptnummern des a-moll Konzerts von Schumann für Klavier und Orchester (Klavier: Herr Fr. Lukaszewicz) und Tchaikowskis vierte Sinfonie. Dirigent des Abends ist Herr Direktor Siemicki. Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szymborski, ul. Fredry 1.

Deutsche Vortragveranstaltungen. Im Rahmen der Vortragsreihe „Polen“ findet am Mittwoch dieser Woche Dr. Kaufmanns Vortrag über das Deutschtum in Polen. Der Vortrag findet abends 8 Uhr im Gung. Vereinshaus statt.

Vortrag Dr. Hirschberg-Berlin. Am kommenden Sonntag, dem 18. d. Mts., wird der bereits angekündigte Vortrag von Dr. Hirschberg-Berlin stattfinden. Das Thema wird von allgemeinem Interesse sein der Vortragende wird über die „Deutsche Ballade“ mit Vorführungen am Klavier sprechen. Eintrittskarten zum Preise von 2000 und 1000 Mk. sind im Vorverkauf diesmal in der Musikalienhandlung von Górecki, ul. Grudnia (fr. Berlinerstr.), zu haben.

Der Evangelische Verein junger Männer feiert am gestrigen Sonntag seinen 25-jährigen Bestandstag durch einen Festgottesdienst in der St. Pauli Kirche am Vormittag und durch eine Feier am Nachmittag im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter Teilnahme seltener evangelischer deutscher Männer und Frauen, Junglinge und Jungfrauen, daß der Saal die Menge der Erschienenen knapp zu fassen vermochte. Außer einer padenden Ansprache des Geh. Konsistorialrats D. Staemmler, in der er auf die Bedeutung des Vereins für seine Mitglieder, wie für das evangelische Leben des Posener Deutschtums überhaupt hinwies, brachte die Veranstaltung eine ganze Reihe desamtlicher, gesanglicher, turnerischer und einer dramatischen Darbietung der Junglinge sowie des Pojannenchors und gemeinsame Gesänge. Die Vorführungen der Vereinsmitglieder zeigten von einem eblen erfolgreichen Streben unter Leitung seines h. eblenstollen Vorsitzenden Pastor Brummad und lieferte den erfreulichen Beweis, daß ein Jüngling sich auch ohne den nebenbei gegenwärtig so abwärts stehenden Vereinsbesuch durch Beschäftigung mit eblen Dingen Eblung für Seele und Leib verschaffen kann. So verließen denn die drei Stunden der Feiertage für alle Teilnehmer wie im Fluge; sie alle aber befehle der innige Wunsch, daß der Evangelische Verein junger Männer durch mögliche Zusammenfassung aller evangelischen Jünglinge unserer Stadt auch in Zukunft eine Stätte eblen Erbauung und Beilegung bleiben möge.

Ein neues Kraftwagenunternehmen ist Ende voriger Woche in Posen unter der Firma „Praga-automobile-Poznań“ gegründet worden. Es ist die Vertretung einer tschechischen Firma.

Miljonówka. In der letzten Sonabendziehung gewann das Los Nr. 4721508.

Die Posener Freisparnung hat beschlossen, vom 1. April eine Fachzeitung herauszugeben die einmal im Monat erscheinen soll. Die neue Zeitung nennt sich „Powszechna Gazeta Fryzjerska“.

X Ein trauriger Vorfall. In der vergangenen Woche wurde im Hause ul. Wisztyki 51 (fr. Allerheiligenstraße) ein 78-jähriger Greis an einem Treppengeländer erhängt aufgefunden. Er wurde sofort losgeschnitten und konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden, worauf er ins Stadtkrankenhaus geschafft wurde, in dem er sich gegenwärtig noch befindet. Über die Gründe, die ihn zu dem Verzweiflungsschritt geführt hatten, gibt er an, er sei aus dem städtischen Altersheim in der ul. Wdgoska (fr. Bromberger Straße), in dem er bisher untergebracht gewesen war, ausgewiesen worden, weil für ihn das Pflegegeld nicht bezahlt werden konnte. Er habe nun bei seinen Kindern und sonstigen Verwandten Aufnahme gesucht; diese hätten ihm aber die Tür vor der Nase zugeschlagen und verschlossen. Da er bei seinem hohen Alter gebrechlich und nicht mehr arbeitsfähig sei, habe er beschlossen, dem Hungertode durch Selbstmord zu entgehen. Wenn fällt bei diesem erschütternden Vorgange nicht das Sprichwort ein: „Ein Vater kann eher sieben Kinder ernähren, als sieben Kinder einen Vater?“

X Wem gehört das Schwein? Am Freitag wurde auf dem Bahngleise an der ul. Staroska (fr. Baldomirstr.) ein zwei Zentner schweres Schwein angeschlachtet vorgefunden. Der Eigentümer kann sich im 4. Polizeikommissariat in der ul. Kręta (fr. Kohleisstraße) melden.

X Großer Diebstahl. Vom Boden des Hauses ul. Mateckiego 13 (fr. Prinzenstr.) wurde für 1800 000 Mark Wäsche gestohlen.

* Protokoll, 10. März. Der erst 15-jährige Sohn einer hiesigen Witwe St. verübt aus unbekannten Gründen in der vergangenen Woche Selbstmord durch Erhängen.

* Neumischel, 11. März. Das Janiszewskische, früher Wittkowski'sche Haus in der Bahnhofstraße wurde von den Herren Tomicki und Szubczyński gegen das Tomickische, früher dem Malermeister Schulz gehörende Grundstück eingetauscht. Wie die „Preisztg.“ hört, sind noch 20 Millionen von den Erwerbern zugezahlt worden.

* Straßburg, 9. März. Von schweren Schicksalschlägen betroffen wurde die hiesige Familie Treichler. Am 6. Februar starb ein zweijähriges Söhnlein und eine Woche später die 17-jährige Tochter. Am vergangenen Sonnabend erkrankte der achtjährige Sohn in der Drenowitz, als er mit anderen Knaben auf den Fischhollen sich bewegte, wobei er ausglitt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

= Zur ersten osteuropäischen Holzmesse in Königsberg veröffentlicht die „Danziger Neuesten Nachrichten“ eine Sonderbeilage „Der Holzmarkt im Osten“ im Umfang von 14 Seiten. Die Beilage enthält Aufsätze in deutscher, polnischer, englischer und russischer Sprache.

= Die Techn. auf der ersten osteuropäischen Holzmesse. Mit der vom 18. bis 22. März stattfindenden ersten osteuropäischen Holzmesse ist eine „Technische Messe für Holzwirtschaft“ verbunden. Zu dieser Spezialmaschinenmesse sind die Anmeldungen so zahlreich eingelaufen, daß der Ausstellungsraum, der für diese Zwecke zur Verfügung stand, bis auf den letzten Platz belegt ist. Die bedeutendsten Firmen Deutschlands, die Maschinen für die besonderen Zwecke des weiterverarbeiteten Holzgewerbes herstellen, werden auf der ersten osteuropäischen Holzmesse mit ihren besten Leistungen in Wettbewerb treten, so daß in Königsberg eine Spezialausstellung zustande kommen wird, die nach Umfang und Inhalt ein eindrucksvolles Bild von dem hohen Stand der deutschen Maschinentechnik geben wird. Aus solchen Erwartungen heraus erklärt sich das lebhafteste Interesse, das dieser Abteilung der ersten osteuropäischen Holzmesse aus dem In- und Auslande entgegengebracht wird.

= Österreich auf der Wiener Messe. In Wien ist der Direktor des Wiener Arsenal's, der zugleich die österreichischen staatlichen Fabriken für Arsenalmittel und Schuhwaren vertritt, eingetroffen. Das Wiener Arsenal, das u. a. in größerem Umfange Traktoren herstellt, hat eine Kollektion von Mustern in Wien aufgestellt.

Antliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. März 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggonlieferung.)

Belgen	205 000—225 000	Widen	120 000—140 000
Roggen	107 000—113 000	Nelbörben	110 000—130 000
Braugerste	93 000—98 000	Bistriererben	160 000—180 000
Hafer	115 000—120 000	Belusken	120 000—150 000
Belgenmehl	310 000—330 000	Zerrabella	230 000—290 000
Roggenmehl	190 000—200 000	Buchweizen	110 000—120 000
(inkl. Säde)		Blaue Lupinen	90 000—130 000
Belgenkleie	59 000	Gelbe Lupinen	90 000—130 000
Roggenkleie	56 000	Fabrikartoffeln	10 000—11 000

Tendenz: weiterhin schwach.

Danziger Mittagskurze vom 12. März.

Die polnische Mark in Danzig . . . 45 3/4—46 1/4

Der Dollar in Danzig 20 750—21 250.

Warschauer Börse vom 10. März.

Devisen:

Belgien	2 325—2 410	2 335 Paris	2 675—2 800—2 675
Berlin	2 14—1 97 1/2	Brag	1 350—1 380
Danzig	2 13—1 97 1/2	Schweiz	8 300—8 575—8350
London 211 000—216 000		Wien	64 1/2—65 1/2
Newport	44 500—45 750—43 000		

Spenden für die Altershilfe.

Sammlung von Deutschen der Gemeinde Maniewo (Doborn): Heinrich Feldkamp 8500, Emil Schüller 10 000, Hermann Ruge 5000, Rudolf Ruge 17 000, Wlth. Gräbebockermann 6 000, Otto Ruge 7000, Wiemann 10 000, Bohmet 5000, Rudolf Galer 10 000, Max Niedenführ 5 000, Kraft 5 500 zusammen 84 000.— M.

F. in Bojskisch 1 000.—

zusammen 85 000.— M.

Vortrag aus Nr. 47 222 020.—

zusammen 307 020.— M.

Answärtige Spender können portofrei auf unser Postcheckkonto Nr. 200 283 Wagnas einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Hauptgeschäftsführung: Dr. Wilhelm Doewenthal. Verantwortlich für Polen und Ostslaven: Dr. Wilhelm Doewenthal; für den übrigen polnischen Teil sowie für Handel und Wirtschaftswesen: Dr. Martin Meißner; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtmeier; für den übrigen unpolnischen Teil: Dr. Wilhelm Doewenthal; für den Angeheilt: Dr. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Schmidt in Posen.

widrigkeit des französischen Vorgehens Punkt für Punkt nachweist, bestreiden möchte. Einweilen aber sind die Mittel, die sie hierfür zu verwenden weiß, sehr ungenügend. Sie bestehen einmal in der Behauptung, daß die deutschen Argumente offenbar unrichtig seien, sowie in der Ankündigung, daß Herr Poincaré eine unanfechtbare Widerlegung der deutschen Argumente aufzusehen habe. Was zunächst die von Herrn Poincaré verfasste Widerlegung anbelangt, so wird er sie hoffentlich der Öffentlichkeit nicht vorenthalten. Es wäre lebhaft zu begrüßen, wenn sich die französische Regierung jetzt endlich durch die deutsche Denkschrift zu einer sachlichen Erwiderung veranlaßt sehe.

Poincaré

erklärt wieder, wie vor 14 Tagen vor dem auswärtigen Kammerausschuß Bericht über die Ruhrbesetzung. Er erklärte, daß Frankreich neher in eine Vermittlung willigen, noch das Ruhrgebiet auf bloße Versprechungen hin räumen werde.

Verarbeiterstreik in Frankreich.

Der von den Unionisten an der Loire gerichtete Generalstreik der Verarbeiter ist tatsächlich ausgebrochen. In den Unionisten gehören im Loire-Becken etwa 1/2 der unter Tage arbeitenden Verarbeiter. Seitern morgen betrug die Zahl der Streikenden auf den verschiedenen Gruben 1 1/2 Tausend.

Ein angebliches Bolschewistenkomplott in Belien.

Die Pariser Sonnabend-Abendblätter melden aus Brüssel, daß man dort einem bolschewistischen Komplott gegen die Sicherheit des Staates auf die Spur gekommen sei. Über 40 Führer der kommunistischen Partei, darunter zwei Frauen, sind in Brüssel, Gent, Charleroi, Antwerpen und Lüttich festgenommen worden. Die angeblichen „Bolschewisten“ sollen auch den kürzlich gemeldeten Streik der Grubenarbeiter in der Provinz (Belgien) verursacht haben. — Wahrscheinlich handelt es sich nur darum, alle Streiks mit Gewalt zu unterdrücken und die ganze Streikbewegung in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren. Die wachsende Teuerung in Belgien und die Folgen der sehr kostspieligen, unüberlegten Ruhrbesetzung für das kleine und finanzschwache Belgien werden aber von den Arbeitern dieses Ansehens immer schwerer empfunden werden. Weitere Demonstrationen der Bevölkerung können nicht ausbleiben. D. Red.

Französische Mut über Lloyd George.

Die französischen Nachrichtenblätter, besonders „Echo national“, „Matin“ und andere greifen Lloyd George in Wort und Bild heftig an, weil er sich erstens (!), seine Artikel gegen Frankreich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu veröffentlichen. Dieses Blatt wird den Franzosen durch seine scharfe Sprache immer unangenehmer. Auch die Artikel Lloyd Georges werden in Frankreich als sehr kompromittierend für die französische Politik empfunden. Angeblich (nach einer Rat-Meldung) soll die Direction des „Daily Telegraph“ beschlossen haben, die weitere Publikation der Wochenartikel Lloyd Georges zu unterlassen, um ihre Wertschätzung seiner Mitarbeit an der „D. A. Z.“ anzudeuten. — Ein derartiger Beschluß des Londoner Sentationsblattes wäre nur ein Beweis, wie weit die Liebedienerin mancher Kreise in England gegenüber Frankreich geht. Der Angefachte lernt schwer um. Zu fest hat Northcliffe seine Lügen in die englischen Schädel eingeschrammt, als daß die Wahrheit, mag sie auch ein Lloyd George sagen, so leicht Eingang findet. Trotzdem können solche Beschüsse nur als Neklame wirken, die Wahrheit ist auf dem Marische und gewinnt auch in England von Tag zu Tag mehr Boden. Das beweisen besonders die Wahlwiederlagen der englischen Regierung, die eine Folge ihrer Politik des Abwartens sind. D. Red.

Man möchte die Engländer am Rhein los sein.

Das englische Kriegsministerium teilt laut „Temps“ mit, daß die englische Rhein-Armee am 1. März 8665 Mann umfasse. In gut unterrichteten amtlichen Kreisen erfährt man, daß sich der „Temps“ weiterhin aus London melden läßt, daß der Abbezug dieser Truppen nichts mehr im Wege stehe. Die englische Armee habe am Rhein nicht mehr die Aufgabe, die ihr durch den Versailler Friedensvertrag zugewiesen wurde. Der Kölner Brückenfaller Friedensvertrag zugewiesen wurde. Der Kölner Brückenfaller sei nur eine kleine Insel in einem großen von Belien und Frankreich besetzten Gebiet. Die Lage, in die England gebracht wurde, sei erniedrigend. — Diese Ausführungen des Pariser Kriegsministeriums beweisen, daß man die Engländer recht gern vom Rhein abziehen sehen würde. Dann könnte Frankreich unbeaufsichtigt und unbehindert an der weiteren „friedlichen Durchdringung“ des Ruhrgebietes arbeiten. Ob die Engländer darauf eingehen, ist sehr fraglich. Der blumige Hinweis, seine Lage sei erniedrigend, wird wohl kaum in dieser Richtung wirken. D. Red.

England genehmigt täglich 10 Züge durch seine Zone.

Die englische Regierung hat das Eisenbahnabkommen des englischen Generals Godley mit dem französischen General Bahot genehmigt. Außer dem Verkehr in dem Umfang, wie er vor der Ruhrbesetzung bestand, sind täglich 10 Züge durch das englische Besetzungsgebiet genehmigt. In amtlichen französischen Kreisen hört man nach dem Bericht der „Danz. Ztg.“ Befürwörter, daß England sich von der Nationalisierung des Eisenbahnabkommens von Frankreich bestimme Zulassungen über deren Gegenstand nichts Näheres bekannt ist, geben ließ. Am Quai d'Orsay wird dies natürlich in Abrede gestellt.

Eine Sowjetnote an Frankreich.

Die Frage der Rückgabe der Wrangelschen Schiffe.

Die „Stwestia“ veröffentlicht eine Note Witwinows an Poincaré. In dieser Note protestiert die russische Regierung gegen den Plan des Verkaufs der russischen Schiffe, die seinerzeit von General Wrangel fortgenommen wurden und sich gegenwärtig in Bizaret (Tunis) befinden, und gegen die unrechtmäßige Zurückbehaltung dieser Schiffe durch die französische Regierung. Bekannt ist, daß in der französischen Deputiertenkammer ein Gesetzentwurf eingebracht worden ist, auf Grund dessen die erwähnten Schiffe verkauft werden sollen, um einen Teil der bei der Unterstüßung General Wrangels verursachten Kosten zu decken. Die Note erklärt die vollen Eigentumsrechte der russischen Regierung und erkennt keinerlei Transaktionen an, die ohne ihr Wissen getätigt werden. Sie wält jede Verantwortung für die materiellen Schäden, die die Zurückbehaltung der Schiffe verursacht hat, auf die französische Regierung ab und fordert die Annullierung des Verkaufsprojektes. —

Bekannt hat Frankreich die Regierung des Generals Wrangel, der in Südrußland im Jahr 1920 große Erfolge davontrug, anerkannt, ein diplomatischer Schritt, der für Polen recht unangenehm war. Denn jede bürgerliche Regierung in Rußland würde sicher sehr bald die durch den Deutschland mit den Sowjets geschlossenen also für sie ungünstigen Vertrag von Brest-Litowsk abgrenzenden Gebiete wieder beanspruchen. Werkschuldige: weisse Platte unmittelbar nach der französischen Anerkennung die ganze Macht des Generals Wrangel wie ein Kartenhaus zusammen. Ebenso wie die Besetzung Memels durch die Litauer ist dies ein deutlicher Beweis, wie beschränkt die Macht Frankreichs im Osten tatsächlich ist. Frankreich hat die Lehre beherzigt und so te daher im vorigen Jahre durch Herriot zielbewußt mit den Sowjets anzuknüpfen, die nun einmal die wirkliche Macht in den Händen haben. Man kann gespannt sein, ob Frankreich in der Frage der Wrangelschen Schiffe entgegenkommend sein wird. Ein Einvernehmen Frankreichs mit den Sowjets birgt für Polen ebenfalls große Gefahren in sich. Außerdem ist zu beachten, daß die Frage der Ostgrenzen Polens trotz der hiesigen Versicherungen Poincarés verlegt wurde und wahrscheinlich nie von ihr erledigt werden wird. — Die Red.

